

Pulsnitzer Wochenblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz.

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz



Er scheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Zur Halle adäquater Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezirker keinen Anspruch auf Freierlegung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 3100.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 3000.—; durch die Post monatlich M 3000.— freibleibend.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gehaltene Zeitzeile (Motte's Zeilenmesser 14) M. 250.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. 200.—. Amtliche Zeile M 750.—, und M 600.—. Reflektive M 600.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauben und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengehälter durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Breitenzuschlag in Anrechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großdörsdorf, Breinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Zugl. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 59.

Donnerstag, den 17. Mai 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 16 des Handelsregisters, die Firma C. G. Großmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Großdörsdorf betreffend, ist heute eingetragen worden:

Die Prokura des Kaufmanns Hans Karl Berthold Ripke in Großdörsdorf ist erloschen.

Amtsgericht Pulsnitz, am 3. Mai 1923.

Stadtbad.

I. Das hiesige Stadtbad wird kommenden Freitag, den 18. Mai 1923 für die öffentliche Benutzung freigegeben.

II. Die Preise für Benutzung des Stadtbades sind folgende:

Es kostet:

a) eine Einzelkarte für Kinder	20 M
eine Einzelkarte für Erwachsene	100 M
eine Einzelkarte mit Kabine	mehr 100 M
eine Monatskarte für Erwachsene	1 000 M
eine Monatskarte für Erwachsene mit Kabine	2 000 M
eine Jahreskarte für Kinder	500 M
eine Jahreskarte für Erwachsene	6 000 M
eine Jahreskarte für Erwachsene mit Kabine	10 000 M
b) für Benutzung von Badewäsche wird erhoben:	
für Badehosen für Erwachsene	80 M
für Badehosen für Kinder	30 M
für Badanzüge für Frauen	150 M
für Badanzüge für Mädchen	60 M
für Handtücher je	50 M

III. Das Bad ist grundsätzlich ein Familienbad und wird von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet sein. Als besondere Badzeiten sind festgesetzt: Mittwoch vormittags 6 bis 10 Uhr auschl. für Herren, Mittwoch nachmittags 12—5 Uhr auschl. für Damen, Dienstags und Donnerstags von abends 7 Uhr ab auschl. für den hiesigen Schwimmverein.

IV. Zum Badeaufseher wird wiederum für dieses Jahr bestimmt worden Herr Emil Kühne (Walkmühlenteich) bezw. dessen Ehefrau.

Im übrigen sind die Bestimmungen der Badeordnung, die im Stadtbad aushängen oder in der Rats-Anzeige eingesehen werden können, sowie die Anordnungen der vom Stadtrat bestimmten Kontrollpersonen zur Vermeidung der Bestrafung genau zu beachten.

Pulsnitz, den 17. Mai 1923.

Der Stadtrat.

Mehl- und Brotpreise.

Infolge Erhöhung der Unkosten im Bäckergewerbe und der Gehaltsdifferenzen müssen die Preise für das auf Marken abzugebende Mehl, Brot und Weißgebäck vom 20. Mai 1923 ab (Brotmarken mit dem Buchstaben Y 1—4) wie folgt festgesetzt werden:

1 Pfund Brot	182 M
2	364
3	546
1 1900 Gramm-Brot	690
1 Pfund Roggenmehl im Kleinhandel	180
1 Weizenmehl	200
1 Semmel im Gewicht von 80 g.	35

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 12. Mai 1923.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken

findet Freitag, am 18. Mai 1923 im Ratskeller — 1 Treppe — 8—1 vom. Uhr und 3—5 Uhr nachm. in der üblichen Weise statt.

Haushaltungen, welche Brotmarken an diesem Tage nicht abholen und zu einer anderen Zeit erscheinen, haben je 100 M Gebühr abzuführen.

Pulsnitz, am 16. Mai 1923.

Der Stadtrat.
Lebensmittelamt.

Allgemeine Ortskrankenkasse Pulsnitz

Auf Grund der Verordnung des Reichsministers vom 12. April treten mit Wirkung vom 21. Mai Veränderungen in den Grundbühnen und Beiträgen ein.

Die dadurch erforderlichen Meldungen über die Verdienste der Versicherten sind zum Zwecke der Neueinstellung der Versicherten in die Lohnstufen innerhalb einer Woche zu erstatten. Klasseneinteilungen, aus welchen alles Nähere ersichtlich ist, können an Kassenstelle entnommen werden.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß der Vorstand auf Grund des Gesetzes vom 27. März beschlossen hat, auf Beiträge, welche eine Woche nach der Rechnungszufüllung, die zugleich als Zahlungsaufforderung gilt, nicht bezahlt worden sind, für jede weitere Woche ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben wird.

Pulsnitz, den 15. Mai 1923.

Der Vorstand.

Herrn Linke, Vorsitzender.

Das Wichtigste.

Die Sommerferien des sächsischen Landtages beginnen am 12. Juli, in der Pfingstwoche fallen die Plenarsitzungen aus.

Zur sächsischen Landtag wurde vorgestern ein bürgerlicher Antrag, beim Reich unverzüglich die bereitliegenden Vorschläge zu berücksichtigen an die Landesstriche anzufordern, angenommen.

Zur Reichstage wurde am Dienstag das Mieterschutzgesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschen angenommen.

Das Brennrecht für Brennerien, die nur noch Kartoffeln verarbeiten, ist von 100 auf 120 Prozent erhöht worden.

Der Ausschuss des Reichseisenbahnrates hat eine hundertprozentige Personalarbeiterhöhung und eine weitere Steigerung des Gültariffs in Aussicht genommen.

Reichszentralrat Dr. Cuno war am Sonntag in Begleitung des Reichsarbeitsministers Brauns in München, um mit Vertretern des Wirtschaftsliebens aus dem Einbruchgebiet in persönliche Fühlungnahme zu treten.

Estern trat die neue Disziplinarordnung in Kraft.

Der preussische Minister des Innern hat die proletarischen Hunderttausenden auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten.

In einer in London, Paris und Brüssel überreichten Note erhebt die Reichsregierung erneut Einspruch gegen die Rheinlandkommission widerrechtlich verfügten Massenarrestierungen von Beamten.

Japan lehnt es wegen seines gegenwärtigen Desinteresses an der Reparationsfrage ab, sich zu den neuen deutschen Vorschlägen zu äußern.

Der Eisenbahnverkehr in Belgien hat einen großen Umfang angenommen, der zu militärischem Eingreifen nötigt.

Wie Reuters aus Hankau meldet, ist in der Umgebung der Stadt eine Bande von 1000 Räubern aus Hanau erschienen, die als Preis ihres Abzuges 150 000 Dollar und die Lieferung von Munition fordern. Die Bewohner haben die Forderungen der Räuber abgelehnt. Die Ausländer sind in großer Sorge und erwarten Anrücken. Jeder Zug der Strecke Peking—Hankau führt einen Panzerwagen mit 40 Soldaten und Maschinengewehren.

Nach einer Neuermeldung aus Colorado in Texas, hat dort ein Wirbelsturm großen Schaden angerichtet. Ein Personen wurden getötet und viele verwundet.

Wozu der Lärm?

Einige parteisozialistische Wichtigtuer hielten es für zweckmäßig, im Reichstag noch einmal ihre Auffassung über den diplomatischen Notenwechsel vorzutragen. Hermann Müller bejorgte das in dem Stil, wie das schon zuvor der Vorwärts getan hatte. Außenpolitisch ist diese Aussprache ein Fehler,

der dadurch nicht abgeglichen ist, daß Müller für die Sozialdemokratie erklärte, daß an dem Widerstand im Ruhrgebiet nicht gerüttelt werden solle. Dabei ist Herr Müller nur eine gewisse Verchiebung der Denksolge zugestanden. Er tabelte an der deutschen Note, daß sie den Widerstand an die Spitze gestellt habe. Dieser Widerstand sei Sache der Bevölkerung im Einbruchgebiet, die ihn auch nicht ausgeben werde. Dann hätte auch Müller besser daran getan, zu schweigen, zumal der furchtbar ernste Abwehrkampf kein Gegenstand parlamentarischer Unterhaltung sein kann und darf. Der Widerstand geht von der Ruhrbevölkerung aus, aber er wird unterstützt vom ganzen deutschen Volke, das die Leiden und Prüfungen mitempfindet, die das Kernvolk der Westfalen und Rheinländer erdulden muß. Indessen Hermann Müller hat unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, weshalb die Parteizustimmen eine Aussprache mit ihm Sie vermissen in der deutschen Note bestimmte Bürgschaften für die Sicherheit der internationalen Anleihen. Nun haben wir die Anleihen noch nicht. Es ist auch ein wenig wahrscheinlich, daß wir sie erhalten, weil der internationale Geldmarkt unberechenbar ist. Auch das sollten die Sozialisten berücksichtigen, daß internationale Anleihen die deutschen Sachwerte noch ganz anders erfassen werden, als sie sich das in ihrer Ahnungslosigkeit gegenüber wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhängen vorstellen. Der Parteirebner Müller hatte offenbar den Auftrag, die Sachwertschmerzen der Sozialisten abzuladen. Er behauptet, daß die Landwirtschaft sich entschuldigt habe, was in diesem Umfang nicht zutrifft. Im übrigen hat sie kein Betriebskapital, da die Papiergeldzeichen nur geringe Kaufkraft darstellen. Der Verbrauch von Dünger ist erheblich zurückgegangen, weil es der Landwirtschaft an Barmitteln fehlt, ihn und vor allem die hohen Frachtkosten zu bezahlen. Indessen hat Müller noch andere Behauptungen und Selbstenttäuschungen zum besten gegeben, die die Frage wirklich rechtfertigen, ob deshalb so viel Lärm gemacht werden mußte. Gewiß, wenn einmal die endgültige Lösung kommt, so müssen die Summen aus der Wirtschaft bezahlt werden. Ganz einseitig, ob wir das Zwischenstück internationaler Anleihen einschließen oder nicht.

Die Streitfrage ist nur, was verstehen die Sozialisten unter Wirtschaft. Für sie sind es nur die Unternehmer und die Landwirte, die über unbegrenzte Mittel verfügen, und die die gesamte Wiederherstellungsschuld aus der kleinen Wirtschaft bezahlen können. Die Wirtschaft wird zahlen müssen, aber nicht irgend eine Gruppe, sondern die Gesamtträger, zu denen Arbeitgeber ebenso gehören wie Arbeitnehmer. Mit der Erfassung der Sachwerte allein ist es nicht getan. Die Sachwerte müssen fruchtbar sein, müssen Erträge abliefern, weil sonst der Kern zerfällt, sobald überhaupt nicht mehr geleistet werden kann. Wir können aber nur aus den Ueberflüssen der Wirtschaft lasten. Diese zu beschaffen, ist das Problem, das bisher

auch noch nicht einmal versucht worden ist, zu lösen. Nur einmal erklärte Reichskanzler Wirth, daß wir Mehrarbeit leisten müßten, um nicht zusammen zu brechen. Er ist auf diese Forderung nicht mehr zurückgekommen, weil vermutlich die sozialistischen Regierungsmitglieder schärfsten Einspruch gegen die Antastung des Dogmas vom Achtstundentag erhoben haben. Vielleicht werden die deutschen Sozialisten nachdenklicher, wenn sie erfahren, welche Ratschläge ihnen vom „Daily Telegraph“ erteilt werden. Der „Daily Telegraph“ ist zur Zeit das Sprachrohr der englischen Regierung. Er steht Bonar Law ungefähr nahe, wie die „Daily Chronicle“ Lloyd George. Und das ist schon halb einerlei. „Daily Telegraph“ spricht von der lächerlichen Unzulänglichkeit der Endsumme. Das ist die Auffassung des englischen Imperialismus, der den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland fortsetzen will, nachdem der militärische und politische Krieg gewonnen worden ist. Je höher die Gesamtlast Deutschlands, je tiefer diese in die deutsche Wirtschaft verstrickt ist, desto wahrscheinlicher, daß der deutsche Wettbewerb für Menschenalter ausgeschaltet wird. Auch das sollte die deutschen Sozialisten scharf machen, daß ihnen der „Daily Telegraph“ verjehrender Lob spendet, daß er von ihnen sagt, sie allein seien fähig, wieder Ordnung in die zerrüttete deutsche Wirtschaft zu bringen. Der alte Bebel meinte einmal, er müsse eine Riesenmühsal begangen haben, wenn ihn seine politischen Gegner lobten. Nun, der „Daily Telegraph“ ist ein schwerkapitalistisches Blatt, das von Scharfmacherei gegen den Sozialismus nur so überfließt. Nichts desto weniger lobt er die deutschen Sozialisten über den Schellenkönig, weil er offenbar hofft, sie würden Englands Industrie den Gefallen tun, die deutsche Wirtschaft durch Erfassung der Sachwerte abzuwürgen. Wir werden als Volk mit unsern Gegnern heute noch fertig, wenn wir den stählernen Willen aufbringen, unsere Freiheit durch Opfer und Arbeit siegreich zu behaupten und zu verteidigen.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

— (Kollekte für den Allgemeinen Kirchenfonds.) An den beiden Feiertagen des bevorstehenden Pfingstfestes soll wieder die Kollekte für den Allgemeinen Kirchenfonds in allen Kirchen des Landes gesammelt werden. Die furchtbare wirtschaftliche Not unserer Kirche macht es jedem ihrer Glieder zur ersten Pflicht, mit allen Kräften die genannte landeskirchliche Kasse zu stärken, die schon viel Segen im Lande gestiftet, mancher Kirchengemeinde schmerzliche Hilfe gebracht hat und immer mehr zu einer Nothilfskasse für die Gemeinden unseres Landes

werden soll. Möge die Kollekte überall opferfreudige Herzen und offene Hände finden. Auch größere Kapitalzuwendungen an den Allgemeinen Kirchenfonds außerhalb der Kollekte sind herzlich willkommen.

— (Vorlicht vor falschen 20000 Mark-Scheinen) Vor einiger Zeit ist gemeldet worden, daß die Franzosen in Mühlheim die Druckabzüge von 20000 Mark-Noten gestohlen haben, auf denen nur noch der Kontrollbuchstabe und die laufende Nummer fehlen. Die französischen Diebe haben sich zu helfen gewußt, einfach beliebige Buchstaben und Nummern aufgedruckt und die Scheine dann in den Verkehr gebracht. Einige dieser Fälschate sind in Berlin bereits angehalten worden. Schon der Druck der Nummern kennzeichnet die Fälschung, indem sie erheblich kleiner und dicker aufgedruckt sind, als bei den echten Noten. Die von den Franzosen gefälschten Noten sind ungültig. Bei der Annahme von 20000 Mark-Noten ist also größte Vorsicht geboten.

— (Sommersonderzüge zu ermäßigten Preisen) Die Pressstelle der Reichsbahndirektion Dresden teilt mit: Wenn es die Betriebslage und die Kohlenversorgung gestatten, sind für die Monate Juni bis August 1923 wieder Sommer-sonderzüge zu ermäßigten Preisen nach München, Stuttgart, Friedrichshafen, der Ostsee und der Nordsee in Aussicht genommen. Zu den Sonderzügen werden besondere Sonderzugradsfahrten zu ermäßigten Preisen ausgegeben, die zur Hinfahrt mit dem Sonderzuge, zur Rückfahrt innerhalb 60 Tagen aber mit allen fahrplanmäßigen Zügen (in D-Zügen gegen Zahlung des tarifmäßigen Schnellzugzuschlages) berechneten. Soweit in einzelnen Verkehrsbeziehungen besondere Rücksonderzüge vorgesehen sind, können auch diese benutzt werden. Alle Sonderzüge fahren nur die 3. Klasse. Die Berechnung des Fahrpreises erfolgt auf der Grundlage eines Einheitsfahres von 36 Mt. für einen Kilometer Hin- und Rückfahrt. Hiernach beträgt die Ermäßigung für die Hin- und Rückfahrt je etwa 25 v. H. gegenüber den Fahrpreisen des öffentlichen Verkehrs.

— (Eisenbahnerstreik?) Der freigewerkschaftliche Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirk Sachsen, sollte für diesen Mittwoch nacht, allerdings bedingungsweise, den Streik vorbereitet haben. Da, wie mitgeteilt wird, die Hauptleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wie alle anderen in Frage kommenden Organisationen einem Eisenbahnerausstande ablehnend gegenübersteht und da inzwischen sowieso Verhandlungen über notwendige Erhöhungen der Arbeiter- und Beamtenbezüge im Reichsfinanzministerium stattfinden und bis heute beendet sein dürften, so ist wohl kaum mit einem Eisenbahnerausstand zu rechnen.

Ramenz. (Fohlenschau und Stutenmusterung) Die am Montag hier abgehaltene Fohlenschau mit Stutenmusterung fand in diesem Jahre auf dem Schutt an der Dillstraße statt. Zur Musterung waren 36 Pferde eingetragen. Als Preisrichter fungierten die Herren Landstallmeister Oberst a. D. von Wense, Freiherr von Grote Oberlichtenau, Oekonomierat Hauße und Bezirksleiterarzt Dr. Hesse. Zur Vorfahrung gelangten 22 einjährige und 25 zweijährige Fohlen. Bei den einjährigen Fohlen erhielten den 1. Preis: Michael Schulze, Truppen, und Edwin Seifert, Friedersdorf; den 2. Preis: Jakob Wernisch, Müllitz, Paul Müller, Wiesa und Erwin Paulsch, Rindisch; den 3. Preis erhielt: Oswin Christoph, Mühsdorf, der zwei Fohlen zur Musterung gebracht hatte, die beide prämiert wurden. Bei den zweijährigen Fohlen erhielten den 1. Preis: Karl Giesch, Elstra, und Erwin Haase, Gersdorf; den 2. Preis: Karl Berger, Bernbruch, Paul Graf, Ramenz, und Ernst Großmann, Leppersdorf, und den 3. Preis: Clemens Pampel, Hennesdorf, und Johann Schulze, Truppen. Nach der Schau fand im Hotel Behmann unter zahlreicher Beteiligung der Pferdezüchter eine Versammlung statt, in der Herr Landstallmeister Oberst a. D. von Wense einen interessanten Vortrag über Züchterfragen hielt. Den Pferdezüchtern kann bei dieser Gelegenheit nicht genug die Dedung ihrer Stuten in der hiesigen Beschälstation, die gegenwärtig mit drei Oldenburgern besetzt ist, empfohlen werden.

Dresden. (Ein Amnestiegesetz für Sachsen.) Dem sächsischen Gesamtministerium liegt der Entwurf eines Gesetzes über eine Amnestie für Not- und Abtreibungsdelikte vor, der in den nächsten Tagen dem Landtage zugehen wird. Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt dazu: Die Nachprüfung zahlreicher Gnadengesuche hat in den letzten Monaten in immer steigendem Maße ergeben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der straffällig gewordenen Volksgenossen ohne deren Verschulden von Tag zu Tag sich trübseliger gestalten. Deshalb schlägt der Entwurf des Amnestiegesetzes vor, Strafen wegen Verfehlungen, die aus Not — aus ernster wirtschaftlicher Bedrängnis — begangen worden sind, zu erlassen, wenn sie von sächsischen Gerichten rechtskräftig erkannt worden sind und die erkannte Strafe nur in Festung oder Gefängnis von höchstens einem Jahre oder in Geldstrafe von höchstens 80000 Mt. besteht. Unter denselben Voraussetzungen werden Strafverfahren wegen solcher aus Not begangener Straftaten niedergelegt. Im allgemeinen rechtfertigt sich auch eine Amnestie mit Straferlaß oder Niederschlagung wegen Abtreibungshandlungen in den Grenzen der Strafmaße, wie bei Notdelikten. Unhängige Sachen, die voraus-

sichtlich unter das Amnestiegesetz fallen werden, sollen vorläufig nur in soweit fortgesetzt werden, als die Erörterung von Tatsachen ins Auge kommt, welche die Anwendung oder Nichtanwendung des Amnestiegesetzes zu begründen geeignet sind.

Dresden. (Das Bekenntnis eines Sozialisten zur Religion.) Gegenüber den kirchen- und religionsfeindlichen Erlassen des sächsischen Kultusministers und gegenüber den von einem wahren Religionshassen zeugenden Reden des sozialistischen Landtagsabgeordneten und Bezirksratsratz Arzt, oder gar des kommunistischen Lehrers Schneller ist es recht beachtenswert, welches Bekenntnis der sozialistische Reichsjustizminister a. D. Radbruch in der „Kulturlehre des Sozialismus“ ablegt; er schreibt: „Eine so gewaltige Geistesmacht wie die Religion kann in der Erziehung des künftigen Geschlechtes nicht totgeschwiegen werden... denn unsere Kultur ist ohne das Christentum gar nicht verständlich. Eine Jugend, deren Verständnis nicht auch der Religion aufgeschlossen wäre, würde von den besten Vätern der Kultur losgerissen, würde von den noch christlich gesinnten Volksgenossen durch eine tiefere Klust geschieden werden, als sie zum Unheil unserer Nation Projektanten und Reichhaltigen scheidet — wir, die wir alle noch mehr oder weniger religiös erzogen worden sind, vermögen sie uns gar nicht tief genug vorzustellen. Aber auch aus Gründen unserer religiösen Zukunft dürfen wir unsere Kinder nicht ohne eine religiöse Schulpflicht gegen die Anstehungsgefahr religiösen Uberglaubens in das Leben entlassen. Wir müßten darauf gefaßt sein, zu den rohesten Urformen der Religion abzusinken, wenn wir nicht die feinere Form, die uns überliefert ist, an unsere Nachkommen weitergeben... Das religiöse Bedürfnis, ungepflegt, aber unausrottbar, würde, dem Eindruck wehrlos hingeben, zu wässen Uberglauben geist ins Kraut wachsen.“

Dresden. (Dr. Kälz wird zweiter Bürgermeister von Dresden.) Nachfolger des am 30. Juni aus seinem Amte scheidenden zweiten Bürgermeisters Dr. Krehshmar wird voraussichtlich der Zittauer Oberbürgermeister und demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Kälz. Er entwickelte am Montag vor einer Versammlung der Stadtverordneten sein Programm. Die Wahlhandlung findet nächsten Freitag statt.

Dresden. (Keine Aufhebung der Milchhöchstpreise.) Zu dem kürzlichen Beschlusse des Landeskulturrates auf sofortige Aufhebung der Milchhöchstpreise schreibt die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“: Der ständige Kampf des Landeskulturrates gegen die Milchhöchstpreise ist ja bekannt, nun hat man auch versucht, das Reich in dieser Frage mobil zu machen, aber — wie wir hören — ohne jeden Erfolg, denn das sächsische Wirtschaftsministerium wird sich auch durch das Reich nicht von dem Standpunkte abbringen lassen, daß an den Milchhöchstpreisen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung festzuhalten ist.

Chemnitz. (Elternratswahlen.) Bei der Elternratswahl sind auf die Listen der christlichen Elternvereine 256 und auf die des Freien Schulvereins 196 Sitze entfallen.

Golditz. (Bestrafung eines Viehwuchers.) Der Viehhändler Louis Wolf von hier hatte von einem Landwirt einen Bullen für 454000 Mt. gekauft und ihn auf dem Leipziger Vieh- und Schlachthofe für 664000 Mt. verkauft. Weiter konnte er einen anderen Bullen für 405800 Mt. und verkaufte ihn nach acht Tagen für 730500 Mt. Wolf wurde zu vier Monaten Gefängnis und 90000 Mt. Geldstrafe verurteilt, die erzielten Uebergewinne werden eingezogen.

Klein-Radmeritz. (Fünf einjährige Fohlen) sind dem hiesigen Rittergute in der Nacht vom 11. zum 12. Mai von der Weide gestohlen worden. Das Rittergut setzt eine Million Mt. Belohnung für die Wiedererlangung der Tiere aus.

Aue. (750jähriges Stadtjubiläum.) Die Stadt Aue kann in diesen Tagen die 750. Wiederkehr des Tages ihrer Gründung feiern. Der eigentliche Gründungstag ist der 7. Mai, an welchem Tage Kaiser Friedrich Barbarossa 1173 in Goslar die Stiftungsurkunde des Klosters Jella unterzeichnete, durch die die erste Grundlage für die Entstehung der späteren Stadt Aue geschaffen wurde. Der wichtige Gedenktag der industriereichen Stadt wird durch mancherlei Veranstaltungen festlich begangen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Berlin, 16. Mai. (Sicherung der Brotgetreideversorgung.) Der Reichsrat nahm am Dienstag den Gesetzentwurf zur Sicherung der Brotgetreideversorgung im Wirtschaftsjahre 1923/24 an. Es wird danach vom 15. August dieses Jahres ab von der Erhebung einer neuen Umlage abgesehen. Dagegen soll in der öffentlichen Hand eine Brotgetreidereserve bis zu dreieinhalb Millionen Tonnen gehalten werden, die die Möglichkeit bieten soll, unangenehmere Preisgestaltung entgegenzuwirken. Diese Reserve soll teils aus dem Inlande, teils aus dem Auslande bezogen werden. Mindestens anderthalb Millionen Tonnen sollen durch freie Lieferungsverträge und eineinviertel Millionen Tonnen durch freie Auf-

käufe auf dem Inlandsmarkte beschafft werden. Wenn es aber nicht möglich ist, bis zum 15. August die Sicherung von eineinviertel Millionen Tonnen Inlandgetreide vertragsmäßig zu sichern, so ist doch noch die Erhebung einer Brotgetreideumlage vorgesehen. Für eine gewisse Ubergangszeit soll die öffentliche Brotversorgung noch fortgesetzt werden. Bei ihrem völligen Fortfall sollen Mittel zur Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte durch eine Steuer vom Besitz in Höhe der Zwangsanleihe erhoben werden.

Berlin, 16. Mai. (Neue Erhöhung der Eisenbahntarife.) In der Sitzung des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates, die am Dienstag Vormittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stiller im großen Sitzungssaale des Reichsverkehrsministeriums stattfand, wurde zunächst die Frage behandelt, ob ein allgemeines wirtschaftliches Bedürfnis für eine Frachtermäßigung der Braunkohle gegenüber der Steinkohle anzuerkennen sei. Der Ausschuss kam nach eingehender Besprechung zu dem Ergebnis, daß eine Tarifiermäßigung für Braunkohle nicht durchgeführt werden könne. Der Ausschuss war ferner der Ansicht, daß auch rechtzeitig für die Dedung der notwendigen Ausgaben durch Tarifierhöhungen gesorgt werden müsse. Während für die Personentaxi eine Erhöhung um hundert Prozent zum nächstmöglichen Zeitpunkt für erforderlich gehalten wurde, war der Ausschuss der Ansicht, daß die Gütertaxi in solchem Ausmaße erhöht werden müssen, daß auch die durch die bevorstehenden Gehalt-, Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen verursachten Mehrausgaben alsbald Dedung finden. Der Umfang der Gütertarifierhöhung, der vor dem Zeitpunkte seines Inkrafttretens abhängt, läßt sich heute noch nicht übersehen, dürfte jedoch auf Grund der heutigen Preisverhältnisse bereits über 40% sein.

Berlin, 16. Mai. (Erhöhung der Beamtengehälter.) Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Erhöhung der Beamtengehälter haben zu dem Ergebnis geführt, daß die bisherige Teuerungszuschläge von 942% ab 16. Mai auf 1672% erhöht werden. — Das ausgezahlte vierte Monatsgehalt wird nicht angerechnet.

Berlin, 16. Mai. (Das Zentrum für ein neues deutsches Angebot.) Die Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages traten am Dienstag-Abend zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Dabei drachten sie einstimmig die Auffassung zum Ausdruck, daß bei den Verhandlungen nicht abzuweichen dürfe, und daß deshalb ein neues präzisiertes Angebot auch in der Frage der Garantien gemacht werden müsse. Einstimmig war man auch der Auffassung, daß keine andere Regierung als die jetzige zu dieser Aufgabe berufen sei.

Berlin, 16. Mai. (Die Parteiführer beim Reichstanzler.) Heute vormittag sind die Führer der Fraktionen vom Reichstanzler in Gegenwart des Reichsaußenministers empfangen worden. Der Reichstanzler gab dabei zu erkennen, daß die Reichsregierung es für notwendig halte, noch einmal Führer nach England auszusprechen, da sie es für wichtig halte, die Meinung Englands zu hören, bevor sie weitere Schritte unternähme. In unterrichteten Kreisen wird es als sicher betrachtet, daß die Reichsregierung eine neue Note ausarbeiten werde. Von anderer Seite wird noch angegeben, daß die Reichsregierung geneigt ist, ein neues Angebot zu machen, das sich wieder in die Form einer Note an alle Signaturmächte des Versailler Vertrages kleiden soll. Welchen Inhalt dieses neuen Angebot haben wird, läßt sich noch nicht sagen, doch ist es sehr unwahrscheinlich, daß die Höhe der von Deutschland vorgeschlagenen Reparationssumme eine Veränderung erfahren wird.

— (Der deutsche Seeverein) hat am Sonntag und Sonntag in München gelagt. Es waren Vertreter aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Einstimmig wurde eine Entschärfung angenommen, die an die Reichsregierung das bringende Ersuchen stellt, den Kampf gegen die Kriegsschuldlinge, auf der das Versailler Friedensdiktat aufgebaut ist, aufzunehmen.

England.

— (Die Stimmung in England.) In der Londoner Presse findet die britische Antwort auf das deutsche Reparationsangebot geteilte Aufnahme. Die an der englischen Note geübte Kritik betrifft hauptsächlich das Fehlen einer klaren Darlegung der britischen Reparationspolitik und insbesondere die Ignorierung des deutschen Vorschlages, die gesamte Reparationsfrage einem unparteiischen internationalen Tribunal zu unterbreiten. Die meisten Blätter stimmen jedoch Lord Curzon's Anregung bezüglich neuer deutscher Vorschläge zu.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 15. Mai.

Die Not der Kirche.

Dresden. Der Landtag hielt heute seine letzte Sitzung vor den Pfingstferien ab. Zunächst wurde in mehrstündiger Aussprache über den Antrag Bömer und Genossen auf Gewährung eines Darlehns an die Landeskirche verhandelt. Kultusminister Flehke erklärte im Laufe seiner Rede, die sächsische Regierung werde sich nunmehr einer Uebermittlung von Reichsgeldern an die Kirche nicht mehr widersetzen, nachdem sie sich gefestigt habe, daß ihr gegenüber nachträglich keine Ansprüche erhoben werden können. Die Kirche werde die Reichsvorschläge entsprechend dem Satze des Reichsbankgesetzes (jezt 18 Prozent) verzinsen und später an das Reich zurückzahlen müssen, zahle sie nicht, dann könne sich der Staat an den Kirchensteuern jahlos halten. Uebrigens werde dem Landtag

